

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	34 (2015)
Heft:	66
 Artikel:	Politik im Währungssturm : gegen die Neuauflage der Weissbuch-Strategie
Autor:	Rytz, Regula
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-651890

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik im Währungssturm: Gegen die Neuausgabe der Weissbuch-Strategie

Mit der Aufhebung der Franken-Untergrenze im Verhältnis zum Euro am 15. Januar 2015 hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) die wirtschaftlichen und politischen Koordinaten in der Schweiz verschoben. Der Entscheid wird gerne als unausweichliche Notbremsung verkauft, die drei unabhängige Technokraten – das SNB-Direktorium – eingeleitet haben. Dabei wird ignoriert, dass der Aufhebung des Mindestkurses eine gezielte Kampagne aus rechtsbürgerlichen Kreisen vorausgegangen ist. Ex-UBS-Banker Oswald Grübel gratulierte der SNB nach ihrem Entscheid denn auch unverzüglich zur «Anpassung an die Realität»¹. Auch Milliardär Christoph Blocher war des Lobes voll. Die Folgen der Frankenaufwertung seien für die Schweizer Wirtschaft verkraftbar, sagte der Übervater der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in den Medien: «Mit einer Rezession rechne ich nicht, wohl aber mit deutlichen Gewinnrückgängen und Verlusten bei exportorientierten Unternehmen.»²

Dieser lockere Umgang mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen und der Schwächung der Exportindustrie klingt aus dem Mund eines Unternehmers reichlich seltsam. Er passt aber perfekt zur Strategie der SVP, die bereits mit ihrer Volksinitiative gegen die «Masseneinwanderung» den Bruch mit dem aktuellen Wirtschaftsmodell der Schweiz suchte. Statt den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch mit den europäischen Nachbarländern weiter zu vertiefen, wollen Blocher und Co. den «Handel mit der ganzen Welt» und die «Entfaltung der offenen Schweizer Volkswirtschaft» durch Freihandelsverträge im gegenseitigen Interesse fördern.³ Wie das konkret aussehen könnte, zeigt die Aussage von SVP-Nationalrat Felix Müri, der als Alternative zur Europäischen Union (EU) die Einwanderung aus Asien erleichtern will: «Der Bedarf an Pflegepersonal könnte via Asien gedeckt werden.»⁴ Selten wurde ehrlicher gesagt, worum es der SVP eigentlich geht. So wie sie bereits die flankierenden Massnahmen zum Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU bekämpft hatte, strebt sie nun die Aufhebung des Abkommens an, um damit auch Lohnkosten zu senken. Ihr Ziel ist entgegen ihren Behauptungen nicht, mehr einheimisches Personal am Krankenbett zu haben oder die

Volkssouveränität zu stärken. Sondern eine selektive Globalisierung, in der Wirtschaftskonzerne mit Sitz in der Schweiz ihre Sonderinteressen durchsetzen können. Anders als die EU möchte die SVP die wirtschaftlichen «Freiheiten» auf den Warenverkehr, den Kapital- und Zahlungsverkehr sowie die Dienstleistungsfreiheit reduzieren. Der freie Personenverkehr innerhalb Europas dagegen soll einer restriktiven Zulassungspraxis im Interesse lokaler Branchen wie zum Beispiel der Landwirtschaft weichen. Faktisch wird eine Rückkehr zum früheren Saisonierstatut angestrebt: Braucht die Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte, so werden diese in die Schweiz geholt, aber ohne ihnen Rechte zuzugestehen oder den Familiennachzug zu ermöglichen. Stockt dagegen der Wirtschaftsmotor, schickt man sie wie in den 1970er-Jahren wieder nach Hause.

Ausserhalb der Schweiz stösst diese Rosinenpicker-Strategie zunehmend auf Ablehnung. Der internationale Druck auf das Steuerhinterziehungsgeheimnis (das sogenannte Schweizer Bankgeheimnis) oder auf die kantonalen Steuerprivilegien für ausländische Statusgesellschaften zeigt, dass die Geduld der Staatengemeinschaft mit Schweizer Sonderlösungen zu Ende ist. Die Schweiz, die im Wiener Kongress 1814/15 als neutrale «Pufferzone» zwischen den europäischen Grossmächten einen festen Platz auf der europäischen Landkarte erhielt, hat mit der globalen Verschiebung der Wirtschafts- und Machtzentren viel von ihrer historischen Rolle und Positionierung eingebüsst.⁵ SVP-Unternehmer wie Peter Spuhler oder Hansruedi Wandfluh, die vor allem auf den EU-Binnenmarkt ausgerichtet sind, verteidigen deshalb die bilateralen Verträge und die Personenfreizügigkeit. Auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse engagiert sich nach anfänglichem Zögern für die Erhaltung (und Erneuerung) der bilateralen Verträge mit der EU und verteidigt explizit das Völkerrecht.⁶

So unterschiedlich die Positionen der beiden bürgerlichen Blöcke – der nationalkonservativen SVP und der wirtschaftsliberalen Freisinnig-demokratischen Partei (FDP) – in der EU-Frage heute sein mögen: Beide profitieren politisch von der Verunsicherung, welche die Annahme der «Masseneinwanderungs»-Initiative und der SNB-Entscheid bei der Bevölkerung in der Schweiz ausgelöst haben. In der aktuellen Grosswetterlage stehen die Zuwanderung und die Rolle der Schweiz in Europa zuoberst auf dem «Sorgenbarometer»,⁷ was der SVP ermöglicht, Themen der Konkurrenz am Arbeitsmarkt oder des Angriffs auf lokale Sitten und Gebräuche zu bewirtschaften. Die drängenden umwelt- und sozialpolitischen Reformen sind dagegen in den Hintergrund gerückt.

Während sich immer mehr Menschen um Einkommen und Arbeitsplätze sorgen, nutzen die konservativen und liberalen Wirtschaftseliten gemeinsam die Gunst der Stunde. Zusammen mit den rechten Parteien haben sie eine Deregulierungs-, Steuersenkungs- und Lohnabbauoffensive

gestartet. Den Auftakt machte UBS-Chef Sergio Ermotti mit einer breit angelegten Medienkampagne. In einem unter anderem im Zürcher *Tages-Anzeiger* veröffentlichten Artikel forderte er Steuersenkungen für die Wirtschaft, mehr Freiheiten für die Banken und den Aufschub der Energiewende.⁸ Ins gleiche Horn stossen SVP, FDP und Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) mit ihrem öffentlich inszenierten Schulterschluss. Ihr Massnahmenpaket «zur Stärkung des Standorts Schweiz»⁹ enthält die üblichen Forderungen nach Steuergeschenken und dem Abbau administrativer Kosten. Überraschend ist einzig der Vorschlag, die Ausgaben der öffentlichen Hand auf dem Niveau von 2014 einzufrieren. Diese unrealistische und krisenfördernde Massnahme ist in einem ersten Anlauf in der Sommersession 2015 zum Glück an der CVP gescheitert.¹⁰ Seither bröckelt der Zusammenhalt der «Schulterschlussparteien» merklich. Diese und andere Verwerfungen wären für die Sozialdemokratische Partei (SP), die Grüne Partei, Gewerkschaften und Umweltverbände eigentlich eine Chance, um mit gezielten Strategien neue Mehrheiten für soziale und ökologische Anliegen zu finden. Warum ist es für die linken und ökologischen Kräfte trotz der bürgerlichen Bruchlinien so schwierig, sich mehr Gehör zu verschaffen? Wie könnte der Durchmarsch der vereinigten Rechten verhindert oder zumindest abgebremst werden?

Klebehilfe von Economiesuisse und Co. für Schulterbrüche

Während sich SP und Grüne nach der Abstimmung zur SVP-«Masseneinwanderungs»-Initiative vom 9. Februar 2014 bei den darauffolgenden kantonalen Wahlen gut halten konnten, räumten 2015 die rechten Parteien ab.¹¹ Dies ist kein Zufall, sondern die Kumulierung zweier Trends: Auf der einen Seite begünstigt die wirtschaftspolitische Verunsicherung nach der Freigabe des Frankenkurses jene Parteien, die den «Sonderfall Schweiz» mit Abschottung (SVP) oder weiterem Standortdumping (FDP) verteidigen wollen. Auf der anderen Seite wird die Zusammenarbeit der früher zerstrittenen bürgerlichen Parteien von den Wirtschaftsverbänden gezielt und mit grossem finanziellem Aufwand gefördert. Aufgeschreckt vom Erfolg der Abzocker-Initiative und der grossen Aufmerksamkeit, die linke Projekte wie die Mindestlohn-Initiative oder die 1:12-Initiative (zur Verringerung der Einkommensungleichheit) erhalten haben, mischen sich Verbände und Unternehmen heute wieder stärker in die Politik ein. So sagte der umstrittene Ex-Banker Josef Ackermann an einem Meeting des *Tages-Anzeiger* Anfang Jahr unverblümt, dass der Finanzplatz die Politik in den letzten fünfzehn Jahren zu wenig ernst genommen habe und nun wieder stärker gegen «überbordende» Regulierungen vorgehen müsse.¹²

Das Signal zum Angriff wurde gehört, die Einflussnahme wird spürbar:

Auf der einen Seite werden alle Parteien mit Ausnahme von Grünen und SP für die Wahlen 2018 mit millionenschweren Spenden alimentiert. Novartis, UBS, CS und andere investieren rund 4 Millionen Franken pro Jahr für die Mitte-rechts-Parteien.¹³ Dazu kommen Wahl- und Kampagnenspenden in unbekannter Höhe. Grüne und SP dagegen verzichten aufgrund von ethischen Richtlinien auf Spenden von Firmen, die ihre Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit infrage stellen könnten. Gleichzeitig bringen bürgerliche ParlamentarierInnen wirtschaftliche Einzelinteressen immer unverfrorener in den politischen Prozess ein. Legendär ist die Revision des Geldwäscheriegelgesetzes im Jahr 2014. Die geplanten Anpassungen des Gesetzes an die Richtlinien der Groupe d'Action Financière (GAFI), die der Bekämpfung von Geldwäscherie und Terrorismusfinanzierung dienen sollten, wurden in der Rechtskommission dank einem Powerplay von Genfer Anwälten aus SVP und FDP massiv zerzaust. Nur dank starker Kritik in den Medien korrigierte der Ständerat das Trauerspiel.¹⁴ Andernfalls hätte sich die Schweiz in der internationalen Gemeinschaft einmal mehr blamiert.

Weitere Konfliktfelder, auf denen rechte Wirtschaftsverbände und Parteien gegen «überbordende Regulierung» kämpfen, sind die Revision des Korruptionsstrafrechts und die gesetzliche Regelung des Umgangs mit Potentatengeldern. Trotz FIFA-Skandal hat es der Ständerat im Juni 2015 abgelehnt, Bestechung unter Privaten zum Offizialdelikt zu erklären. Und die FDP übernahm im Sommer 2015 kritiklos die Position des Schweizer Anwaltsverbandes und zog dem Gesetz über die Potentatengelder bereits in der Kommission die Zähne, indem sie eine Verjährungsfrist für die Rückgabe von gestohlenem Volksvermögen einführte. Die «Mordsgeschäfte»¹⁵ einiger Genfer Anwaltskanzleien überzeugten die einst liberale Staatsgründungspartei mehr als der eigene Bundesrat, der sich ob so viel Ignoranz die Haare rauft.

Je stärker die Interessenverbände direkt in den Kommissionen mitmischen, desto mehr verlieren die politischen Stellungnahmen im vorparlamentarischen Verfahren an Bedeutung. Auch die Unabhängigkeit der ParlamentarierInnen wird immer mehr infrage gestellt. Hart angepackt wurden zum Beispiel in der Sommersession 2015 einzelne FDP-NationalräteInnen aus der Westschweiz, die mit ihrer Stimmenthaltung das Eintreten auf die Revision des Umweltschutzgesetzes ermöglichten. Dieser Gegenvorschlag zur Initiative «Für eine grüne Wirtschaft»¹⁶ wird von den Mitteparteien und den betroffenen Branchen zwar unterstützt, von Economiesuisse aber hart bekämpft. Die Wahlen vom Oktober 2015 sind nicht nur eine Richtungswahl zwischen kurzfristiger Interessen- und Klientelpolitik auf der einen und am Gemeinwohl orientierter Politik auf der anderen Seite. Sie sind auch ein Indikator für die Qualität der Demokratie in der

Schweiz, die immer käuflicher und intransparenter wird. Wie weit es gehen kann, hat der heftige Abstimmungskampf zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes gezeigt. Gewerbeverbandsdirektor Hansueli Bigler (FDP) bot allen National- und StänderatskandidatInnen im Falle eines Beitritts zum gewerblichen Nein-Komitee an, für sie eine Plakatkampagne für die Wahlen im Herbst 2015 zu finanzieren. Dass solche Aktionen innerhalb des Gewerbeverbandes keinen Aufstand der Empörung auslösen, sagt noch mehr über den Zustand demokratischer Politik in diesem Lande aus als die zurzeit von den Bürgerlichen inszenierten Jubiläumsfeiern zu historischen Schlachten der alten «Eidgenossen».

Back to the future: Der bürgerliche Minimalkonsens

Auch wenn die bürgerlichen Parteien «with a little help» von Economie-suisse und Co. in der Finanz-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik weitgehend gemeinsame Sache machen, gibt es auch ausserhalb der Europafrage Risse im Gebälk. Bei Geschäften, die für die Wirtschaftsverbände nicht prioritär sind, kann es sogar zu Betriebsunfällen kommen. Ein solcher hat im Sommer 2015 die Armeereform (vorübergehend) zu Fall gebracht. Weil sich FDP und SVP nicht auf einen verbindlichen finanziellen Rahmen für die Armee einigen konnten, lehnte die SVP das Geschäft ihres SVP-Bundesrates und Armeevorstehers Ueli Maurer zusammen mit Grünen und SP ab. Die säuerlichen Reaktionen von Ueli Maurer und der Armeespitze zeigten, dass es sich dabei nicht um wohlüberlegte Taktik handeln konnte.

Ähnliche «unheilige Allianzen» haben in der aktuellen Legislaturperiode eine weitere Sparvorlage bei der Invalidenversicherung oder die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges zum Absturz gebracht. Mal gaben die linken oder rechten Pol-, mal die Mitteparteien den Ausschlag. Differenzen unter den bürgerlichen Parteien gibt es auch im Umweltschutz und in Gesellschaftsfragen. Hier arbeiten Teile von CVP und der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) regelmässig mit den Grünen und der SP zusammen. Weil diese Mehrheiten aber äusserst knapp sind, können bereits kleine Verschiebungen bei den Wahlen im Oktober 2015 zu Rückschritten und Reformblockaden führen. Eine Mehrheit rechts der Mitte, darüber sind sich alle KommentatorInnen einig, wäre das Ende der Energiewende und einer modernen Umwelt- und Klimapolitik in der Schweiz. Aber auch für die anstehende Rentenreform 2020 wäre sie kein gutes Omen.

Trotz vieler Differenzen basiert der liberalkonservative Schulterschluss auf einem klar erkennbaren Minimalkonsens. Sollte es am 18. Oktober 2015 zu einem Rechtsrutsch kommen, wird ohne Rücksichtnahme auf einzelne Wählerstimmen folgendes «Reformprogramm» angepeilt:

1. *Prozyklische Sparprogramme für die öffentlichen Haushalte* auf Kosten von Bildung, Forschung, Kultur, Entwicklungszusammenarbeit, sozialer Sicherheit, öffentlichem Regionalverkehr oder Werterhaltungsinvestitionen bei baulichen Infrastrukturen. Von den Kürzungen ausgenommen oder sogar aufgestockt werden sollen dagegen die Mittel für Militär, Landwirtschaft und den Strassenverkehr.
2. Weitere *Milliarden-Steuergeschenke für Grosskonzerne, Unternehmen und Vermögende*, zu kompensieren durch eine Mehrbelastung der privaten Haushalte (z.B. Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Altersvorsorge 2020).
3. *Senkung der Kaufkraft* durch erhöhten Druck auf Löhne und Renten, durch Sparmassnahmen bei der Verbilligung von Krankenkassenprämien, bei Sozial- und Ergänzungsleistungen und durch Preiserhöhung beim öffentlichen Verkehr.
4. *Dumpingstrategien für die «Standortattraktivität»*: Frontalangriff auf sämtliche Bereiche der Umweltpolitik, vom Klimaschutz über die Energiewende bis zu Raumplanung, Verkehr und Biodiversität.
5. *Deregulierungen* in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bodenrecht (z.B. im Zusammenhang mit TISA¹⁷) und internationaler Handel.
6. *Aufrüstung im «Sicherheitsbereich»*: Ausbau von Armee, Nachrichtendienst und Überwachungsmöglichkeiten im Fernmeldegesetz.

Wird dieses Programm so umgesetzt, droht eine massive Verschärfung der Verteilungskämpfe auf Kosten von Bevölkerung und Umwelt in der Schweiz. Das prozyklische Standortdumping heizt zudem die aktuelle Währungs- und Wirtschaftskrise an, statt sie zu mildern. Sie blockiert die langfristige Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zum Beispiel in der Energie- und Cleantech-Branche, aber auch die Verbesserung von Lebenschancen und Lebensqualität der breiten Bevölkerung. Der von den konservativen Wirtschaftsverbänden finanzierte rückwärtsgewandte Plan der «Schulterschlussparteien» könnte der Schweiz eine Neuauflage der Weissbuch-Strategie der 1990er-Jahre bescheren. Dies zeigt sich auch in der Finanzpolitik.

Kampffeld Finanzpolitik

Obwohl zahlreiche Kantone seit Jahren ein Sparprogramm nach dem anderen durchpauken, haben viele Menschen den Ernst der Lage noch nicht erkannt. Es braucht schon ein Unwetter wie im Tiefsteuerkanton Luzern, um die tödlichen Folgen vernachlässigter Investitionen aufzuzeigen.¹⁸ Auf Bundesebene ist die Einsicht in die negativen Folgen noch nicht gewachsen. Denn trotz Steuergeschenken hat sich der Bundeshaushalt in den letzten Jahren erstaunlich gut gehalten. Die Dumpingstrategie bei den Ka-

pitalsteuern, den Kapitalertragssteuern, den Vermögenssteuern oder den Handänderungssteuern führte wie in einem Schneeballsystem zu einem stetigen Zustrom von internationalen Firmen und Statusgesellschaften und damit auch zu steigenden Steuereinnahmen. Nach einer langen Phase der positiven Abschlüsse ziehen nun allerdings schwarze Wolken über dem Bundeshaushalt auf. Finanzministerin Widmer-Schlumpf hat kurz vor den Sommerferien ein Sparpaket in Milliardenhöhe angekündigt. Entscheidungen dazu sollen aber erst nach den Wahlen fallen. Folgende Veränderungen werden die Wirtschaft schwächen und den Druck auf die öffentlichen Haushalte verstärken:

Der internationale Druck gegen Standortdumping: Als Folge des Ausbaus der Steueramtshilfe und der geplanten Einführung des Automatischen Informationsaustausches (AIA) zwischen internationalen Steuerbehörden trocknet die Schwarzgeldstrategie des Schweizer Finanzplatzes endlich aus. Angezählt sind auch die kantonalen Steuerprivilegien für ausländische Statusgesellschaften (Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften). Dabei geht es um beachtliche Summen: Die auf Bundesebene regulär versteuerten Gewinne der Statusgesellschaften machen mittlerweile fast die Hälfte der Unternehmenssteuereinnahmen aus. In einzelnen Kantonen wie Genf oder Basel-Stadt ist die Abhängigkeit sogar noch grösser. Statt die Aufhebung des Steuerprivilegs mit einer befristeten Überbrückungshilfe und genügend Zeit kantonsverträglich umzusetzen, wollen die rechten Parteien die Reform für weitere Steuergeschenke an globale Konzerne und Briefkastenfirmen in der Schweiz missbrauchen.¹⁹ Dem Bundeshaushalt würden so jährlich über 1,3 Milliarden Franken entzogen.

Die Langzeitwirkung von Steuergeschenken: Wie verantwortungslos die bürgerlichen Parteien mit dem öffentlichen Haushalt umgehen, zeigt der Einnahmenrückgang bei der direkten Bundessteuer 2014. Die Finanzverwaltung stellt Einbussen von 2,1 Milliarden Franken in Aussicht und erklärt den Rückgang mit Verweisen auf die wirtschaftliche Stagnation und die Stärke des Schweizer Frankens. Die Folgen der laufenden Unternehmenssteuerreform (USR) II dagegen werden kleingeredet, obwohl sie die steuerfreie Ausschüttung von Milliardengewinnen erlaubt und die staatliche Altersvorsorge (AHV) schwächt. Ein weiteres Steuergeschenk ist der Verzicht auf Steuerinspektoren und den Automatischen Informationsaustausch im Inland. Die Eidgenössische Steuerverwaltung schätzt, dass allein bei der Mehrwertsteuer jährlich zwischen 200 Millionen und 1,8 Milliarden Franken mehr eingenommen werden könnten. Enorm ist auch das Potenzial bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Eine «kleine Steueramnestie» hat seit 2010 rund 13,5 Milliarden Franken an undeklarierten Vermögen zutage gefördert.²⁰ Dass SVP, FDP und CVP in ihrer

«Schulterschluss»-Strategie zusätzliche Steuerinspektoren bekämpfen, erstaunt vor diesem Hintergrund leider nicht.

Der Raubzug auf die Bundeskasse: Den sinkenden Einnahmen steht ein veritabler Raubzug auf die Bundeskasse gegenüber. Die bürgerlichen Sparparteien überbieten sich mit generösen Vorschlägen für ihre Klientel, nicht nur für die Landwirtschaft: Die Autolobby will den Bundeshaushalt «mellen» und mit einer Zweckbindung der Mineralölsteuer um jährlich rund 1,5 Milliarden Franken erleichtern (die Initiative heisst passenderweise «Milchkuhinitiative»). Die USA III würde jährlich 1,3 Milliarden Franken verschlingen, der Militäretat soll um bis zu einer Milliarde Franken jährlich aufgestockt werden, und auch die CVP-Initiative gegen die «Heiratsstrafe» könnte pro Jahr zu Mindereinnahmen von bis zu einer Milliarde Franken führen.²¹

Mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Mehrheiten droht eine Wiederholung der Nullerjahre. Auch damals wurden ein Sparprogramm nach dem anderen eingeleitet und Deregulierungs- und Umverteilungsschritte gemäss Weissbuch-Strategie schrittweise umgesetzt.²² Um die «vitalen Aufgaben» des Staates trotz Entlastungsprogrammen und Spardruck zu erhalten, schlug der Bundesrat 2003 unter der Führung von Kaspar Villiger (FDP) sogar die Prüfung neuer Einnahmequellen vor, zum Beispiel die Einführung einer Bundeserbschaftssteuer. Von neuen Einnahmen will der bürgerliche Schulterschluss heute jedoch nichts wissen. Auch die langfristige Kostenwahrheit etwa beim Verkehr oder bei den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds für Atomkraftwerke hat in der bürgerlichen Quartalsprofitlogik keinen Platz. Noch verantwortungsloser – auch in finanzieller Hinsicht – ist der Umgang mit den immer steigenden Umweltrisiken. Gemäss den Berechnungen von ETH-Professor Anton Gunzinger könnte die Blockade der Energiewende bis 2035 mit rund 22 Milliarden Franken zu Buche schlagen.²³ Getreu dem Motto «Nach mir die Sintflut» würden diese Kosten einfach den zukünftigen Generationen aufgebürdet. Das muss mit aller Kraft verhindert werden.

Richtungswahlen vom Oktober

Die kleine Tour d'horizon in die Welt der Realpolitik zeigt, dass der langjährig beschworene «Sonderfall Schweiz» durch die Veränderung der äusseren Rahmenbedingungen infrage gestellt wird: Der internationale Druck gegen das Steuerhinterziehungsgeheimnis und die Steuerprivilegien ist markant gestiegen. Die «Schulterschlusspolitik» der rechten Parteien sucht in dieser Situation nach Ausweichmöglichkeiten für ihre Politik des Standortdumpings. Doch ihr von Economiesuisse und Co. geprägtes

Austeritätsprogramm verschärft die Krise, indem es Steuergeschenke mit prozyklischen Sparmassnahmen kombiniert und die Kaufkraft der Bevölkerung willentlich schwächt. Es liegt an den Grünen, der SP, den Gewerkschaften und Umweltverbänden, Alternativen aufzuzeigen. Denn wenn die Einnahmen aus den Steuern der internationalen Konzerne sinken und der Finanzplatz schrumpft, müssen die ausbleibenden Staatseinnahmen durch eine verantwortungsvolle Steuer- und Sozialpolitik kompensiert und muss die Wirtschaft durch den ökologischen Umbau gestärkt werden. Wo es weniger zu verteilen gibt, muss gerechter verteilt werden.

Die Wahlen im Herbst 2015 sind deshalb eine Richtungswahl: Es geht um den Entscheid zwischen kurzfristiger Profitlogik und den dringenden ökologischen und sozialen Reformen in der Schweiz, die – wie etwa im Klimaschutz – mit globalen Entwicklungen verbunden sind. Weil zentrale Entscheidungen erst nach den Wahlen vom 18. Oktober fallen werden, kaufen die Bürgerinnen und Bürger die Katze im Sack. Erst nach den Wahlen wird entschieden, was von der 2011 angekündigten Energiewende übrig bleibt; und wie hoch das zukünftige Rentenalter angesetzt wird. Erst nach den Wahlen muss das CO₂-Gesetz an die neuen Klimaziele angepasst werden. Erst nach den Wahlen wird es um die Zukunft der bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU und um das multinationale TISA-Abkommen gehen. Angesichts der bürgerlichen Verschleierungstaktik gelingt es den Grünen, der SP, den Gewerkschaften oder Umweltverbänden nur schwer, die Dringlichkeit einer breiten ökosozialen Allianz aufzuzeigen und die Bevölkerung dafür zu gewinnen, für ihre Themen abzustimmen. Dies haben wir uns zum Teil auch selber zuzuschreiben.

Erstens fehlt auf der rot-grünen Seite jener «Klebstoff», der – wie die Economiesuisse auf bürgerlicher Seite – die Komponenten zusammenhält. Parteien und Verbände setzen stark auf Selbstprofilierung und versuchen, sich vom stagnierenden Kuchen ein möglichst grosses Stück zu sichern. Weil Grüne und SP bewusst auf Spenden vonseiten der Banken oder Pharmakonzerne verzichten und weil alle politischen Vorstösse für eine fairere Kampagnen- und Parteienfinanzierung bisher gescheitert sind, wird das Prinzip der gleich langen Spiesse in den meisten Abstimmungskämpfen massiv verletzt. Wäre die Politik ein Teil des Wirtschaftssystems, hätten die Wettbewerbsbehörden längst eingegriffen.

Erschwerend kommt *zweitens* hinzu, dass Gewerkschaften oder Umweltverbände – anders als die konservativen Wirtschaftsverbände – die politischen Parteien finanziell nicht unterstützen. Einzelne Umweltverbände fördern sogar bewusst bürgerliche BrückenbauerInnen und AllianzpartnerInnen, um in knappen Abstimmungen Mehrheiten zu schaffen. Diese Strategie hat einige Erfolge erzielt, droht allerdings bei einem Rechtsrutsch im Herbst gänzlich zu versagen. Denn wenn der verlässliche

grün-rote Pol an Kraft verliert, stehen auch die BrückenbauerInnen auf verlorenem Posten.

Ein *dritter* Punkt ist die Verzettelung der Kräfte. Die ungefähr vierteljährlich anstehenden Abstimmungskampagnen, die permanenten Wahlkämpfe und die vielen Unterschriftensammlungen verlangen den ökologisch-sozialen Kreisen viel Engagement ab. Politische Feuerwehrübungen verdrängen oft die eigenen Prioritäten; ein Beispiel dafür ist der Einsatz für die Revision der Radio- und Fernsehgebühren in der Volksabstimmung vom Juni 2015, die der Gewerbeverband zu einem Plebisitz gegen unabhängige Medien umzufunktionieren versuchte. Es fehlt deshalb die Zeit, um gemeinsam und intensiv über grün-rote Zukunftsperspektiven zu debattieren. Wichtige Themen und Ansätze, von der Stärkung lokaler Arbeitsmärkte bis zur Auflösung von Nationalstaaten, bleiben undiskutiert. Viele ökologisch und sozial eingestellte BürgerInnen lassen sich zudem vom Spannungsfeld zwischen solider Sachpolitik und medialem Getöse im Parteialltag abschrecken und bleiben den Abstimmungen und Wahlen fern. In einer Richtungswahl stärken sie damit faktisch den liberalkonservativen Block. Wir brauchen daher auch partiintern eine ausgeprägtere Kultur der Grosszügigkeit, Gelassenheit und Toleranz. Würden die SVP-Mitglieder bei jeder Niederlage, jedem Personalskandal, jedem Strategiewchsel und jedem Fehlentscheid ihrer Partei die Flinte ins Korn werfen, dann wäre die SVP längst zu einer Ein-Prozent-Partei geschrumpft.

Um das bürgerliche «Schulterschlussprogramm» und eine weitere Verschärfung der Austeritätspolitik gemäss dem Weissbuch-Dogma zu verhindern, müssen wir die rot-grüne Zusammenarbeit stärken und unseren Projekten wieder den Vorrang geben. Dafür müssen sich alle politischen Kräfte unerschrocken engagieren – sei es inner- oder ausserhalb der institutionellen Politik. Was das rot-grüne Lager leisten kann, wenn es mit einer breiten Allianz und einer klugen Architektur der Kräfte in die Abstimmungskämpfe zieht, haben die erfolgreichen Kampagnen gegen die fremdenfeindliche Ecopop-Initiative und gegen den Kauf der Gripen-Kampfflugzeuge gezeigt. Bei beiden Gesetzesvorlagen haben sich die federführenden Organisationen – bei den Kampfflugzeugen die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), bei Ecopop die Grünen und die Gewerkschaft Unia – in der Öffentlichkeit bewusst zurückgenommen, um möglichst viel Platz für zivilgesellschaftliche AkteurInnen zu schaffen und die Bruchlinien im bürgerlichen Lager voll zur Geltung zu bringen. Nur breite Allianzen – von Kulturschaffenden bis zu Greenpeace-AktivistInnen, von Studierenden bis zu GewerkschafterInnen, von grün bis rot, von lokal bis international, von Feministinnen bis zu verantwortungsvollen UnternehmerInnen – können den Klebstoff zersetzen helfen, der die rechten Parteien bis heute zusammenhält. Packen wir es an!

Anmerkungen

- 1 Schweiz am Sonntag, 18. Januar 2015.
- 2 Mittellandzeitung, 18. Januar 2015.
- 3 SVP-Parteiprogramm 2015–2019. www.svp.ch/positionen/parteiprogramm (Abfrage 7.7.2015).
- 4 Schweiz am Sonntag, 1. Februar 2014.
- 5 Holenstein, André, 2014: Mitten in Europa. Verflechtung und Abgrenzung in der Schweizer Geschichte. Baden.
- 6 www.europapolitik.ch/de (Abfrage 7.7.2015).
- 7 www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/die-aktuelle-themenlage-der-schweizer-wahlberechtigten-im-vergleich-zu-2011 (Abfrage 7.7.2015).
- 8 www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/geld/UBSChef-Ermotti-will-weniger-Steuern-und-freiere-Maerkte-/story/21227682 (Abfrage 7.7.2015).
- 9 www.svp.ch/aktuell/medienmitteilungen/mehr-spielraum-weniger-einschraenkungen (Abfrage 7.7.2015).
- 10 www.nzz.ch/schweiz/doch-noch-gnade-fuers-sparpaket-1.18536889 (Abfrage 7.7.2015).
- 11 www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/kantonale_parlemente/mandatsverteilung.html (Abfrage 7.7.2015).
- 12 www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Es-braucht-mehr-Politiker-in-der-Wirtschaft/story/17493301 (Abfrage 29.1.2015).
- 13 Gemäss *20minuten* vom 15. Januar 2015 und gemäss *Der Bund* vom 15. Mai 2015 ergeben sich folgende Summen: je 500 000 von Novartis und Zurich, je 1 Million von UBS und CS, von Nestle 250 000, von Roche 280 000.
- 14 www.nzz.ch/schweiz/sessionen/staenderat-gegen-aufweichung-1.18380268 (Abfrage 7.7.2015).
- 15 Tages-Anzeiger, 11. Juni 2015.
- 16 www.gruene.ch/gruene/de/kampagnen/aktuell/gruene_wirtschaft.html (Abfrage 7.7.2015).
- 17 Mit dem Trade in Service Agreement (TISA), das zurzeit von 23 Staaten inklusive der Schweiz verhandelt wird, könnte gemäss der Gewerkschaft des Staatspersonals VPOD der Kauf von Grundstücken und Immobilien durch globale Investoren nicht mehr reguliert und gebremst werden. www.tisa-vpod-ch (Abfrage 7.7.2015).
- 18 Im Juni 2015 ertranken eine 32-jährige Frau und ihre 5-jährige Tochter in den Fluten des Götzentalbachs. Aufgrund der Sparpolitik im Kanton Luzern konnte nur ein Drittel der nötigen Hochwasserschutzprojekte umgesetzt werden. Vgl. Tages-Anzeiger, 9. Juni 2015.
- 19 www.gruene.ch/gruene/de/positionen/wirtschaft/finanzen_steuern/medienmitteilungen/150605_usr3_botschaft.html (Abfrage 7.7.2015).
- 20 www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Steueramnestie-bringt-135-Milliarden-ans-Licht/story/21582666 (Abfrage 7.7.2015).
- 21 www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-Krux-bei-der-Abschaffung-der-Heiratsstrafe/story/23756165 (Abfrage 7.7.2015).
- 22 In den 1990er-Jahren lancierten Exponenten der Wirtschaft sogenannte Weissbücher, in denen sie eine offensive Deregulierung der schweizerischen Wirtschaft forderten; z. B. das Buch De Pury, David / Hauser, Heinz / Schmid, Beat, 1995: *Mut zum Aufbruch: eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz*, Zürich
- 23 Gunzinger, Anton, 2015: Kraftwerk Schweiz. Basel, 248.